



Presseschau vom 04.02.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dnrsovet.su: Am Montag, den 1. Februar 2016, fand eine Sitzung der zeitweiligen Kommission des Volkssowjets zur Untersuchung der kriminellen Aktivitäten des Unternehmers Sergej Kurtschenko und mit ihm verbundener Strukturen auf dem Territorium der DVR statt.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde von den Abgeordneten die Frage der Verlängerung der Arbeit der zeitweiligen Kommission um zwei weitere Monate aufgeworfen, im Zusammenhang damit, dass derzeit die Zusammenarbeit mit den Ministerien und Behörden der Republik zu Fragen, die die Tätigkeit der zeitweiligen Kommission betreffen, fortgeführt werden. Derzeit ist ein Zwischenbericht erstellt, dessen Schlussfolgerungen von den Abgeordneten auf einer der nächsten Plenarsitzungen dargestellt werden.

Außerdem wurde auf der Sitzung ein Aufruf erörtert, der an die Vorsitzende der zeitweiligen Kommission Marina Shejnowa vom Arbeitskollektiv der GmbH „Donezkoblgas“ eingegangen ist. Es gibt Gründe anzunehmen, dass dieses Unternehmen in der Vergangenheit mit den Strukturen des Oligarchen Kurtschenko verbunden war. Die Tätigkeit des genannten Unternehmens wurde am 28. September 2015 gestoppt und den einfachen Mitarbeitern wurde vorgeschlagen, „bis zu einer besonderen Bekanntmachung nach Hause zu gehen“. Genaueres darüber teilte die Vorsitzende der zeitweiligen Kommission Marina Shejnowa mit. „Das Arbeitskollektiv der GmbH „Donezkoblgas“ wurde faktisch ohne soziale Garantien, Mittel für den Lebensunterhalt und Lebensperspektiven auf die Straße gesetzt. Derzeit hat das Unternehmen 267 Mitarbeiter, keiner von ihnen wurde in Übereinstimmung mit der in der Republik gültigen Gesetzgebung entlassen. Das Unternehmen ist nicht liquidiert worden. Seit August 2015 sind keine Arbeitsentgelte ausgezahlt worden und wirtschaftliche Verträge des

Unternehmens wurden nicht storniert. Die Arbeiter der GmbH „Donezkoblgas“ haben die Bitte geäußert, sich in den sich hinziehenden Klärungsprozess einzumischen mit dem Ziel, die zustehenden Zahlungen zu erhalten, und vor allem mit dem Ziel der Klärung des Schicksals des gesamten Arbeitskollektivs“, sagte die Abgeordnete Marina Shejnowa. Die Vorsitzende der zeitweiligen Kommission schlug vor, einen Antrag im Namen der zeitweiligen Kommission zusammen mit dem Brief des Arbeitskollektivs der GmbH „Donezkoblgas“ und der beigefügten Liste mit den Namen der Mitarbeiter des Unternehmens mit persönlichen Unterschriften an die staatliche Inspektion zu Fragen der Einhaltung der Arbeitsgesetze und an andere Rechtsschutzorgane weiterzugeben bezüglich einer rechtlichen Einschätzung des Aktivitäten der ehemaligen Führung von „Donezkoblgas“.

De.sputniknews.com: Mehrheit der Russen für offene Grenzen mit Ukraine

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum sind 52 Prozent der russischen Bürger überzeugt, dass Russland und die Ukraine unabhängige, aber befreundete Staaten sein sollten – mit offenen Grenzen, Zoll- und Visafreiheit.

Vor einem Jahr sollen genauso viele Russen dieser Meinung gewesen sein, im Jahr davor rund 59 Prozent.

Ein Drittel der Befragten (32 Prozent) glauben jedoch, dass die beiden Nachbarstaaten solche Beziehungen wie mit allen anderen Ländern pflegen sollten – mit geschlossenen Grenzen, Visum und Zollstellen. 2015 waren es rund 33 Prozent und nur 19 Prozent im Jahr davor

Jeder Zehnte sprach sich dafür aus, dass Russland und die Ukraine sich zu einem Staat vereinen sollten – dieselbe Meinung vertraten im vergangenen Jahr nur acht Prozent und 16 Prozent im Jahr 2014.

65 Prozent der Umfrageteilnehmer sind nicht der Ansicht, dass zwischen beiden Ländern ein Krieg herrsche, wobei 24 Prozent doch an einen militärischen Konflikt glauben und 11 Prozent keine Antwort gaben.

83 Prozent befürworten den Krim-Beitritt, wobei 61 Prozent der Meinung sind, dass der Anschluss der Halbinsel Russland mehr Vor- als Nachteile gebracht hat, 20 Prozent sehen mehr Schaden.

81 Prozent der Befragten interessieren sich regelmäßig für Nachrichten aus der Ukraine, wobei die Mehrheit der Russen (65 Prozent) die Situation im Osten der Landes als angespannt, 14 Prozent als kritisch und explosiv und 12 Prozent als ruhig sehen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30233/20/302332069.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben während des ganzen Tages etwa 1000 zivile Einwohner nicht über den Passierpunkt bei Staniza Luganskaja passieren lassen, um dessen die Behörden der LVR zu beschuldigen. Dies teilte der Milizangehörige mit dem Codenamen „Berkut“ mit, der auf den Positionen der Volksmiliz vor der zuvor von den Kiewer Truppen

zerstörten Brücke über den Sewerskij Donez Dienst tut.

„Im Wissen, dass der Kontroll- und Passierpunkt nicht rund um die Uhr arbeitet und dass am Abend und in der Nacht dort Soldaten Dienst tun, die nicht das Recht haben, Dokumente zu kontrollieren, führten sie eine Provokation durch“, berichtete er.

Nach den Worten des Soldaten der Volksmiliz wurden auf der ukrainischen Seite Journalisten bemerkt, die die bewusst von den Kiewer Truppen organisierten Ansammlungen von Menschen fotografierten. Auf diese Weise versucht nach Meinung „Berkuts“ die ukrainische Seite, die Falschinformation zu verbreiten über den angeblichen Unwillen der Volksmiliz, die Menschen über den Passierpunkt zu lassen.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben wieder das Territorium der LVR beschossen und dabei mehr als zehn Granatgeschosse auf Slawjanoserbsk abgeschossen. Dies teilte die Volksmiliz der LVR mit.

„Um 20:15 wurde ein Beschuss aus Richtung Trjochisbjonka auf das Gebiet der T-förmigen Kreuzung von Slawjanoserbsk mit 82mm-Granatwerfern durchgeführt. Es wurden 12 Granatgeschosse abgeschossen“, erläuterte die Verteidigungsbehörde der Republik.

„Verluste gibt es keine.“

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben heute Nacht den Beschuss von Kominternowo fortgesetzt, das sich in der Pufferzone an der Kontaktlinie im Süden des Donbass befindet. Dies teilte der stellvertretende Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit „Der Beschuss des Dorfes Kominternowo begann gegen 4:00 und endete um 5:30“, berichtete er.

Janowskij fügte hinzu, dass die ukrainischen Truppen sowohl Schusswaffen als auch 120mm-Granatwerfer verwendet haben, die gemäß dem Zusatz zum Maßnahmekomplex von der Kontaktlinie abgezogen sein müssten.

Informationen über Zerstörungen und Verletzte werden noch geprüft.

Dan-news.info: Sechs Häuser in Alexandrowka, das zum Petrowskij-Bezirk von Donezk gehört, wurden in der Nacht auf den 4. Februar beim Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen beschädigt. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Maxim Shukowskij mit.

„Drei Häuser auf der Lenin-Straße und drei auf der Gorkijstraße wurden beschädigt, Informationen über Verletzte gibt es nicht“, sagte er.

Außerdem befand sich die Siedlung Staromichajlowka im Kirowskij-Bezirk von Donezk unter ukrainischem Feuer.

„Der Beschuss dauert von zehn Uhr abends bis Mitternacht, ein Haus wurde durch Splitter beschädigt“, teilte der Leiter der Verwaltung des Kirowskij-Bezirks Jurij Budrin mit.

De.sputniknews.com: Ex-IWF-Chef Strauss-Kahn jetzt im Aufsichtsrat einer ukrainischen Bank

Der Ex-Direktor des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, ist Mitglied des Aufsichtsrates einer ukrainischen Bank geworden, die dem Oligarchen Viktor Pintschuk

gehört.

Sein Amt in der Bank Credit Dnepr habe Strauss-Kahn am 1. Februar angetreten, teilt das Finanzinstitut auf seiner Website mit.

Pintschuk gehört mit einem geschätzten Vermögen von 1,4 Milliarden Dollar zu den reichsten Ukrainern. Er ist mit der Tochter des ukrainischen Ex-Präsidenten Leonid Kutschma verheiratet.

Zusammen mit Strauss-Kahn sind andere namhafte Ökonomen in den Aufsichtsrat der Bank gekommen, so der Franzose Jean-Pierre Saltiel und der Schwede Anders Aslund (der viel über Russland und die Ukraine schreibt und urteilt).

Strauss-Kahn war im Mai 2011 als IWF-Chef zurückgetreten, nachdem er in den USA wegen Vergewaltigungsvorwürfen einer Hotelangestellten festgenommen worden war.

Das Strafverfahren gegen ihn wurde später eingestellt. Strauss-Kahn und die Hotelangestellte erhoben gegeneinander zivilrechtliche Klagen, einigten sich dann aber außergerichtlich.

Im Jahr 2012 wurde gegen Strauss-Kahn bereits in Frankreich ein Verfahren wegen Zuhälterei eingeleitet: Es ging darum, dass er angeblich an Sex-Partys mit Prostituierten teilgenommen haben soll.

Im Sommer 2015 wurden alle Beschuldigungen gegen ihn fallen gelassen. Strauss-Kahn hatte zugegeben, zwischen 2009 und 2011 an freizügigen Partys teilgenommen zu haben, was aber nicht oft vorgekommen sei, und von einer Bezahlung der Frauen habe er nichts gewusst.

Dnr-online.ru: In den letzten Tagen sind in ukrainischen Internetressourcen Informationen aufgetaucht, dass Schwangere von den von der Ukraine kontrollierten Territorien in die DVR fahren, um dort zu gebären und ihre Kinder zurückzulassen. Auch kritisieren ukrainische Medien Eltern, die ihre Neugeborenen nicht in der Ukraine registrieren lassen. Diese Situation kommentierte die Beraterin des Oberhauptes der DVR zur Verteidigung der Rechte der Kinder Jana Tschepikowa.

„Ich will daran erinnern, dass gerade aufgrund der Blockade durch die ukrainische Regierung das Recht der Menschen auf Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wird. Zur Registrierung eines Kindes in der Ukraine müssen die Eltern sich gemeinsam mit dem Kind an ein Standesamt wenden, dafür muss ein langer Weg auf das Territorium zurückgelegt werden, das zeitweise nicht von der Regierung der DVR kontrolliert wird. Das Dokument, das das Recht auf Überschreitung der Abgrenzungslinie gibt, ist ein „Passierschein“, der von der Regierung der Ukraine eingeführt wurde und der streng nach bestimmten Regeln ausgegeben wird, und der Punkt „Registrierung eines neugeborenen Kindes“ gehört nicht zu diesen Regeln. In der DVR sind entsprechende Passierscheine nicht vorgesehen und auch keine anderen Dokumente, die das Recht der Menschen auf Bewegungsfreiheit einschränken.

Gleichzeitig werden seit Mai 2015 in der DVR staatliche soziale Hilfen bei der Geburt eines Kindes ausgezahlt, dies ist in einem Erlass des Republikoberhauptes vorgesehen. Außerdem werden Familien mit Kindern mit der notwendigen humanitären Hilfe versorgt, aber in den Ausgabepunkten für Hilfe von Rinat Achmetow wird sie, wenn ich mich nicht irre, streng nur nach Registrierung ausgegeben. Brauchen etwa Menschen, die von dem Territorium, das zeitweise von den ukrainischen Streitkräften besetzt ist, auf das Territorium der DVR fahren, ihre Familien dorthin retten, wo sie sich in Sicherheit fühlen, keine humanitäre Hilfe? Zum Thema, dass sie kommen, um zu gebären und die Kinder zurückzulassen: soll das heißen, dass es in der Ukraine schon so schlecht ist, dass es zuverlässiger und ungefährlicher ist, das Kind in der DVR zu bekommen? Ich nehme an, dass die Eltern in der Ukraine nicht die materiellen Möglichkeiten haben, ein Kind zu ernähren, und was mit einem in einem Geburtshaus zurückgelassenen Kind in einem Land geschieht, in dem man Eltern schon vor 1,5 Jahren ihre Kinder weggenommen hat und sie jetzt fremden Menschen übergibt, sie künstlich zu Waisen macht, während die Eltern leben, will man sich gar nicht erst vorstellen“, kommentierte Jana Tschepikowa.

Ukrinform.ua: Der ukrainische Präsident, Petro Poroschenko, hat Botschafter der G7-Staaten eingeladen, um sie über die Minister-Rücktritte zu informieren. Das sagte der EU-Botschafter in Kiew Jan Tombinski vor der Presse, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Am Treffen wird sich auch der Regierungschef beteiligen, sagte Tombinski. Für die EU sei eine Einhaltung der Reformen das Wichtigste. Präsident und Premier hätten gestern bestätigt, dass sie kein Interesse hätten, dass die Menschen, die die Reformen umsetzen, die Regierung verlassen würden.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Nacht auf den 4. Februar mehr als zwei Stunden lang Spartak im Norden der Hauptstadt der DVR und das sich dort befindliche Volvo-Zentrum beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Das Feuer auf Spartak und das Volvo-Zentrum wurde vom Gegner gegen 23:00 eröffnet. Insgesamt dauerte der Beschuss zwei Stunden“, berichtete der Gesprächspartner der Agentur.

Nach Information der Quelle schoss der Gegner von den Positionen in Peski und am Lüftungsschacht des Butowskaja-Bergwerks und schoss acht Granatgeschosse des Kalibers 81mm und 120mm auf die Positionen der DVR ab. Außerdem verwendeten die ukrainischen Truppen Schusswaffen.

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer bewaffneter Gruppierungen haben in der Nacht den von der DVR kontrollierten Teil der Ortschaft Sajzewo im Norden von Gorlowka beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Der Beschuss von Sajzewo durch ukrainische „nationalistische Bataillone“ begann gegen 2:00“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er erläuterte, dass die Kämpfer mit 82mm-Granatwerfern und Schusswaffen von Positionen im okkupierten Dorf Showanka geschossen haben. Informationen über Zerstörungen und Verletzte werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: Lawrow: Russland wird Beihilfe der Türkei zum Terrorismus nicht vergessen

Ankara weigert sich in den meisten Fällen, russische Bürger festzunehmen und an Moskau auszuliefern, die über die Türkei in den Nahen Osten und nach Nordafrika reisen, um dort extremistischen Gruppierungen beizutreten, wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow mitteilte.

„Russland hat mehrmals betont, dass es wegen des Anstiegs der Terrorgefahr in der Türkei und des Unwillens der türkischen Regierung, im Bereich der Terrorbekämpfung zu kooperieren, besorgt ist. Vor allem hat Ankara, trotz unserer wiederholten Bitten und nur mit seltener Ausnahme, die Kooperation bei der Verhaftung und Übermittlung russischer Bürger, die mit dem Ziel in den Nahen Osten und nach Nordafrika reisen, sich terroristischen und extremistischen Gruppierungen in diesen Regionen anzuschließen, an russische Strafverfolgungsbehörden verweigert“, sagte Lawrow in einem Interview gegenüber der italienischen Zeitung Limes.

Dabei betonte der russische Diplomat, dass der Kreml „den Teil der heutigen Regierungsspitze, die die Verantwortung für den Tod unserer Soldaten in Syrien trägt, nicht mit unseren alten und zuverlässigen Freunden im türkischen Volk“ gleichsetze.

„Für Russland ist die Frage der Terrorbekämpfung, genauso wie die Regelung in Syrien, von

prinzipiellem Charakter. Deshalb kann der Angriff der türkischen Luftstreitkräfte auf den russischen Bomber an unserer Vorgehensweise nichts ändern. Wenn die türkische Provokation ein solches Ziel verfolgt hat, haben sich ihre Erfinder sicher verkalkuliert“, fügte der russische Außenminister hinzu.

Dabei erwähnte er auch, dass nach dem Angriff auf das Su-24-Flugzeug „für alle externen Seiten, die Einfluss auf den Verlauf der Geschehnisse in Syrien haben, bald der Moment der Wahrheit kommt“.

Die russische Su-24-Maschine wurde im November 2015 durch einen türkischen F-16-Kampfflieger über Syrien abgeschossen. Das Flugzeug stürzte etwa vier Kilometer von der Grenze mit der Türkei entfernt ab. Ankara behauptet, dass der türkische Luftraum verletzt worden wäre. Laut dem russischen Generalstab hatte das Flugzeug die Grenze nicht überschritten. Diese Aussage wird durch syrische Flugabwehr-Daten bestätigt.

„Wir müssen genau entscheiden: Entweder sind wir gegen den Terror und bekämpfen dieses Böse gemeinsam, oder die Beschlüsse, die im Laufe der zweitägigen Treffen in Wien getroffen wurden, sind für einige nicht mehr als unverbindliche Erklärungen, eine Tarnung, hinter welcher sich egoistische geopolitische Ziele in Syrien sowie geheime Verbindungen zu den Terroristen verstecken – einschließlich der Lieferungen von gestohlenem Öl und historischen Objekten“, so Lawrow.

Dan-news.info: Die Ärzte der Republik stellen weiterhin eine durchgängige Verringerung der Zahl der an SARS und Virusgrippe erkrankten Personen fest, so war am Mittwoch, dem 3. Februar, die Zahl derjenigen, die sich an Krankenhäuser wandten, um 23 Prozent niedriger als eine Woche zuvor. Dies teilte heute der Pressedienst des Gesundheitsministeriums mit. „Nach den Zahlen von Mittwoch wandten sich 1689 Menschen, darunter 776 Kinder, mit dem Verdacht auf SARS und Grippe an die medizinischen Einrichtungen der Republik, was 23,4 bzw. 16,7 Prozent weniger ist als am Mittwoch letzter Woche“, heißt es beim Pressedienst. Im Gesundheitsministerium wurde unterstrichen, dass die epidemiologische Situation in Tores, Charzysk und Schachtjorsk sowie in den Bezirken Amworsiewskij und Starobeschewo praktisch unverändert ist. Wie die Ärzte erklären, hängt das damit zusammen, dass in diesen Ortschaften die Erkrankungswelle später begann.

Wir erinnern daran, dass die Epidemieschwelle bei SARS in Donezk, Makejewka und Jenakiewo vor zwei Wochen erreicht wurde. Im Gesundheitsministerium der DVR wurde am 22. Januar von 26 registrierten Todesfällen aufgrund von Komplikationen mit der Grippe A/H1N1 berichtet.

Dan-news.info: Freiwillige der gesellschaftlichen Organisationen „Molodaja Respublika“ haben in dem Jahr seit der Gründung des sozialen Projekts „Swesda“ etwa 150 Gedenktafeln an Häusern gefallener Milizangehöriger eingerichtet. Dies teilte heute der Pressedienst der Organisation mit.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Lawrow: „Bunte Revolution“ in Weißrussland unmöglich
In Weißrussland ist nach Einschätzung des russischen Außenministers Sergej Lawrow eine

„bunte Revolution“ nicht möglich, da die Mehrheit der Bevölkerung eine solche nicht unterstützen würde.

„Versuche, die innenpolitische Situation in dem Land zu destabilisieren, werden seitens der großen Mehrheit der Bevölkerung in der Republik keine Unterstützung erfahren. Davon zeugen objektiv die Ergebnisse der Präsidentenwahl vom Oktober, bei der sich das Volk von Weißrussland für eine stabile innenpolitische Situation und die Stärkung der Beziehungen mit Russland, unter anderem im Rahmen eines Unionstaates und der EAWU, geäußert hat“, sagte Lawrow im Interview gegenüber der italienischen Zeitschrift Limes.

Die Präsidentenwahl in Weißrussland hatte am 11. Oktober vergangenen Jahres stattgefunden. Der seit 1994 amtierende Präsident Alexander Lukaschenko hat dieses Mal wieder einen klaren Sieg erlangt.

„Ein Export von Revolutionen, sei es eine kommunistische, demokratische oder jede andere Art, verursacht einen enormen Schaden bei den Völkern derjenigen Staaten, die zum Gegenstand solcher Experimente werden“, so der russische Außenminister. Eine solche Praxis, die grob gegen das Völkerrecht verstoße, schwäche die globale und regionale Stabilität.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30758/53/307585354.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die ukrainische Seite verdeckt die wirkliche Zahl der in der Zone der so genannten „ATO“ gefallenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, um ihren Verwandten keine Kompensationen zahlen zu müssen und um die sieben Mobilisierungswelle nicht zum Scheitern zu bringen.

„Die ukrainische Regierung verheimlicht weiterhin die wirkliche Zahl der Verluste der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der sogenannten „ATO“ sowohl vor der Weltöffentlichkeit also auch vor den Verwandten der Gefallenen, um ihnen gegenüber keine Verpflichtungen zu Kompensationszahlungen im Fall des Todes zu haben. Dies wird durch die Widersprüchlichkeit der angegebenen Informationen bestätigt, darunter auch in den Angaben offizieller Informationsressourcen der Ukraine“, sagte er.

Als Beispiel nannte Jaschtschenko die Worte des Vertreters der Administration des Präsidenten der Ukraine zu Fragen der „ATO“ Andrej Lysenko, der erklärte, dass in der Zeit vom 2. auf den 3. Februar in der Konfliktzone nur ein Soldat verletzt wurde. Dies widerspricht nach den Worten des Oberst offensichtlich den Mitteilungen des Pressedienstes der Koordination der nationalen Polizei im sogenannten Lugansker Oblast, gemäß der in genau diesem Zeitraum im Bezirk Artjomowsk des Donezker Oblast eine Gruppe von ukrainischen Soldaten auf eine Mine geriet und in der Folge dessen ein Soldat starb und vier verletzt wurden.

„Offensichtlich eine klare Unstimmigkeit. Auf diese Weise versuch Kiew, die wahre Zahl der verletzten Soldaten zu verheimlichen, um keine Angst bei den Einzuberufenen der siebenten Mobilisierungswelle hervorzurufen und nicht die ohnehin schlechte Motivationslage zu verschlechtern und die Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich Menschen der Einberufung entziehen“, fügte der stellvertretende Leiter des Stabs hinzu. Die LVR führt keine Mobilisierung zum Militärdienst durch, Bürger nehmen nur auf freiwilliger Grundlage daran teil, sagte Jaschtschenko.

Er sagte, dass die von der Kiewer Regierung kontrollierten Massenmedien weiterhin Falschinformationen darüber verbreiten, dass die LVR angeblich Listen von Bürgern zusammengestellt hat, die zum Militärdienst eingezogen werden sollen.

„Angeblich haben die Militärkommandanturen schon Einberufungsbefehle ausgegeben und etwa 30% derjenigen, die der Einberufung unterlegen, hätten sie schon erhalten“, teilte Jaschtschenko mit.

„Ich will offiziell ein weiteres Mal erklären: alle Soldaten, die in der Volksmiliz Dienst tun, tun Dienst aufgrund von persönlicher Initiative. Wir zwingen niemanden zu kommen, um Dienst zu tun und die Republik zu verteidigen. Dies ist die persönliche Entscheidung jedes Bürgers unserer Republik“, unterstrich der Oberst.

Ukrinform.ua: Die Oberste Rada der Ukraine hat das Gesetz „Über die Ratifikation des Abkommens zwischen der Regierung der Ukraine und der Organisation des Nordatlantikvertrags zum Status der Vertretung der NATO in der Ukraine“ mit 251 Stimmen ratifiziert.

Die NATO-Vertretung wird gemäß dem Abkommen praktisch „wie eine Botschaft“ sein, sagte Außenminister Pawlo Klimkin vor dem Parlament. Über die Vertretung würden alle bilateralen Projekte koordiniert.

Das Abkommen über den Status der Vertretung wurde im September 2015 unterzeichnet.

Dan-news.info: Die Ärzte des Gusak-Instituts für Notfall- und wiederherstellende Chirurgie planen am Montag, den 8. Februar, den Jungen zu entlassen, der aufgrund eines Terrorakts auf dem Truppenübungsplatz bei Tores schwer verletzt wurde. Dies teilte heute der Direktor des Instituts Prof. Emil Fistal mit.

„Am Montag entlassen wir den Jungen, er fühlt sich sehr gut“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Wenn nicht SARS wäre, hätten wir ihn schon früher nach Hause geschickt“. Der Professor fügte hinzu, dass dem Kind eine lange Rehabilitation bevorsteht, darunter auch eine psychologische.

Der Terrorakt auf dem Truppenübungsplatz von Tores erfolgte am 24. September im Bereich des Ausstellungsplatzes für Waffenarten und Militärtechnik während der Panzerwettkämpfe. Aufgrund einer Explosion starb ein neunjährige Mädchen, ihre siebenjähriger Bruder wurde im zahlreichen Verbrennungen ins Krankenhaus eingeliefert, ebenfalls wurden zwei Erwachsene verletzt.

De.sputniknews.com: Die internationale Nachrichtenagentur Sputnik hat das Videoprojekt des Fotokorrespondenten Walerij Melnikow mit dem Titel „Die schwarzen Tage der Ukraine“ vorgestellt. Der Dokumentarfilm basiert auf Fotos von Melnikow aus der gleichnamigen Serie, auf denen die tragischen Ereignisse in Lugansk im Jahr 2014 zu sehen sind. Diese Fotoarbeiten wurden mit Auszeichnungen mit dem World Report Award 2015, Visual Storytelling Awards 2015, Sony WPA 2015, sowie Days Japan International Photo Journalism Award 2015 geehrt.

„Ich war Augenzeuge der tragischen Ereignisse im Südosten der Ukraine. Ich habe alles mit meinen eigenen Augen und durch das Kameraobjektiv gesehen und versucht, diesen Horror

maximal zu übermitteln. Genau das ist die Kraft meiner Fotoreportagen – die Tragik der Realität. Ich empfinde dabei gemischte Gefühle: Einerseits bin ich als Journalist und Profi stolz auf die Preise. Aber gleichzeitig empfinde ich aufrichtiges Mitleid mit den Menschen, den Zivilisten, in deren Leben das Unglück kam“, so Fotograf Melnikow über seine Arbeit.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30759/00/307590084.jpg>

Dan-news.info: Vertreter der UNO sind bereit, die Interessen der DVR in Fragen der Garantie der Rechte von Kriegsgefangenen, die in Gefangenschaft gerieten und in der Ukraine festgehalten werden, zu vertreten und ihnen auch medizinische Hilfe zu leisten. Dies teilte heute der Leiter des Apparats der Bevollmächtigten der DVR für Menschenrechte Dmitrij Popow im Ergebnis eines Treffens der Bevollmächtigten Darja Morosowa mit Vertretern der internationalen Organisation mit.

„Sie sagten, dass wenn wir irgendwelche Fragen haben, wir uns an sie wenden können, und sie werden zur Verteidigung der Menschenrechte von ihrer Seite die Interessen der DVR vertreten“, sagte er. „Falls es notwendig ist, werden wir Informationen zur Verfügung stellen und sie werden sie auf dem Territorium der Ukraine überprüfen. Weiter werden sie mit den ukrainischen Behörden zur Leistung medizinischer Hilfe und bei der Freilassung zusammenarbeiten“.

Popow fügte hinzu, dass bei dem Treffen Fragen des Austauschs von Kriegsgefangenen aufgeworfen wurden, ihres physischen Zustand und der Haftbedingungen in der Ukraine.

„Wenn gegen unsere Kriegsgefangenen, die sich etwa in Charkow, Kiew oder anderen Städten der Ukraine befinden, Gewalt angewendet wird, sich ihr Gesundheitszustand aus irgendwelchen Gründen verschlechtert, dann können wir uns an sie wenden und sie werden fahren, offiziell überprüfen und die Menschen untersuchen. Danach werden sie zu den ukrainischen Behörden gehen und darauf bestehen, dass den Gefangenen entsprechende medizinische Hilfe geleistet wird oder die Haftbedingungen verbessert werden“, erklärte der Leiter des Apparats der Bevollmächtigten.

Die Bevollmächtigte der DVR für Menschenrechte Darja Morosowa und die Leiterin der Abteilung Europa und Zentralasien der Koordination des hohen Kommissars für Menschenrechte der UNO Chulan Zedew haben am 29. Januar ein Treffen in Donezk durchgeführt. Sie erörterten die Fragen der Zahlung der Rentenrückstände durch die Ukraine an die Einwohner des Donbass, die Kiew im August 2014 eingestellt hat.

Ukrinform.ua: Das Europäische Parlament fordert Russland auf, seine Truppen aus dem Territorium der Ukraine abziehen, einschließlich des Territoriums der annektierten Krim. Dies entnimmt man der Resolution des EU-Parlaments zur Lage mit den Menschenrechten auf der Krim, vor allem in Bezug auf die Krimtataren, die am Donnerstag in Straßburg verabschiedet wurde, berichtet der Ukrinform-Korrespondent.

„Das Europäische Parlament wiederholt seinen Aufruf zum Abzug aller russischen Truppen

aus der Krim und der östlichen Ukraine“, wird in der Resolution angegeben. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments verurteilten die Militarisierung der Krimhalbinsel, was eine erhebliche negative Auswirkung auf das wirtschaftliche und soziale Leben hat. Darüber hinaus verurteilte das EU-Parlament die Bedrohungen seitens Russlands, Atomwaffen auf der Krim zu stationieren, was eine wesentliche Bedrohung für die regionale, europäische und globale Sicherheit darstellt.

De.sputniknews.com: Moskau zum Verbot von Beobachtungsflügen: Ankara hat etwas zu verbergen

Nach dem Verbot russischer Beobachtungsflüge über der Türkei sieht sich Moskau in seinen Befürchtungen bestätigt, dass die türkisch-syrische Grenze zur Unterstützung des IS (auch Islamischer Staat) genutzt wird, wie ein hochrangiger Sprecher des russischen Außenministeriums der Agentur RIA Novosti am Donnerstag mitteilte.

Die Beobachtungsflüge einer Gruppe russischer Militärexperten über dem türkischen Territorium waren vom 1. bis 5. Februar geplant gewesen. Nach Ankunft der Gruppe in der Türkei und der Bekanntgabe der Flugroute teilten die türkischen Militärs mit, das Außenamt in Ankara habe die Mission untersagt.

„Das ist natürlich ein himmelschreiender Fall, denn heute ist der Open-Skies-Vertrag in der Tat eines der wenigen Mechanismen, die im gesamteuropäischen Raum noch funktionieren. Dabei ist dieser Vertrag wirkungsvoll, er ermöglicht glaubwürdige Informationen über die Schritte des einen oder anderen Staates zu bekommen, die gerade unternommen oder nicht unternommen werden“, sagte der Sprecher.

Er erinnerte zudem daran, dass noch vor einem Jahr, als die westlichen Partner versuchten, Russland vorzuwerfen, es führe irgendwelche unangemeldete Tätigkeit entlang der Grenze zur Ukraine, gerade die Beobachtungsflüge der Nato-Länder im Rahmen des Vertrages jene Erdichtungen komplett widerlegt hatten.

„Hier braucht man kein Rätsel zu lösen. Es ist ganz offensichtlich. Wenn man uns verbietet, dort zu fliegen, dann hat man etwas zu verbergen. Nicht nur vor uns, sondern vor der internationalen Gemeinschaft. Das bestätigt abermals die Besorgnis, die die russische Seite wiederholt geäußert hat, dass die türkisch-syrische Grenze für die Unterstützung des IS genutzt wird“, betonte der hochrangige Vertreter des Außenamtes.

Dan-news.info: Die Behörden von Debalzewo haben zwei Kindergärten wieder aufgebaut, die ernsthaft durch die Beschüsse der ukrainischen Streitkräfte beschädigt wurden und planen, sie bis Ende dieser Woche zu eröffnen. Dies teilte heute der Leiter der Stadtverwaltung Alexej Granowskij mit.

„Bei uns in der Stadt beginnt bald die Arbeit von zwei Kindergärten – Nr. 2 und Nr. 9. Bis Ende der Woche planen wir sie zu eröffnen“, sagte der Bürgermeister.

Granowskij unterstrich, dass die Eröffnung ursprünglich für den 25. Dezember des letzten Jahres geplant war. Aber zu diesem Zeitpunkt waren in den Kindergärten keine Möbel. Jetzt sind die Einrichtungen mit allem Notwendigen für die Vorschulkinder ausgestattet.

Nach Angaben der Verwaltung wurde der Kindergarten Nr. 2 während der Kämpfe um die Stadt im Winter 2015 mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ beschossen. Die Geschosse zerstörten das Dach, zerschlugen die Fensterscheiben, beschädigten die Decken. Der Kindergarten Nr. 9 litt auch unter Artilleriefeuer.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass Ende Dezember die Behörden der Republik drei von sechs Kindergärten der Stadt wiederaufgebaut haben.

De.sputniknews.com: Ukraine schätzt eigene Einbußen durch Bruch mit Russland auf 1,1

Mrd. Dollar pro Jahr

Russlands Lebensmittelembargo gegen die Ukraine und der aufgehobene freie Handel treffen die ukrainische Zahlungsbilanz hart. Nationalbankchefin Waleria Gontarewa schätzt die Verluste ihres Landes auf 1,1 Milliarden US-Dollar im Jahr.

„Leider gehen wir von der ausgeglichenen Bilanz des vergangenen Jahres zu einer unausgeglichenen in diesem Jahr über“, sagte Gontarewa am Donnerstag in einer Sitzung des parlamentarischen Fachausschusses. „Ein noch tieferes Fallen der Rohstoffpreise kann zu einem noch größeren Defizit der Zahlungsbilanz führen, als wir jetzt voraussagen“, betonte die ukrainische Nationalbankchefin.

Die Rechnung prognostiziert eine Zunahme des Leistungsbilanzdefizits von den 0,2 Milliarden im Jahr 2015 bis auf 2,5 Milliarden Dollar im Jahr 2016. Das entspricht drei Prozent des BIP der Ukraine.

Wie Guntarewa sagte, stehe die nationale Währung jetzt unter dem Druck zweier grundlegender Hauptfaktoren. Das seien vor allem die Verschlechterung der Zahlungsbilanz vor dem Hintergrund der fallenden Ölpreise sowie die Abwertung der Währungen bei Kiews wichtigsten Handelspartnern, was „die Konkurrenzvorteile der ukrainischen Hrywnja nivelliert“.

[Ukrinform.ua: Parlamentschef Wolodymyr Groisman beruft am Donnerstagabend den Rat der parlamentarischen Koalition ein. Das erklärte Fraktionschef von „Samopomitsch“ Oleh Beresjuk vor der Presse, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform](#)
„Samopomitsch“ wolle, Beresjuk zufolge, eine Entscheidung über die Regierungsumbildung in der Sitzung erreichen.

[Ukrinform.ua: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, Premierminister Arsenij Jazenjuk und Parlamentspräsident Wolodymyr Groisman haben den Botschaftern der G7 die Einheit um die Durchführung von Reformen versichert.](#)

Das sagte vor Journalisten Shigeki Sumi, der japanische Botschafter in der Ukraine, nach dem Treffen in der Administration des ukrainischen Präsidenten, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Der Präsident, der Premierminister und der Parlamentssprecher haben uns versichert, dass sie für die Durchführung von Reformen in der Ukraine zusammenarbeiten werden. Sie baten, uns keine Sorgen zu machen“, sagte er.

[De.sputniknews.com: Russische Unternehmer sind an einer Fortsetzung der Kontakte zum Freistaat Bayern interessiert, wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, das gestrige Treffen von Wladimir Putin mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer kommentierte.](#)

Während des Treffens hat der russische Staatschef einen besonderen Charakter der Beziehungen zwischen Russland und Bayern unterstrichen und sich bei dem Ministerpräsidenten für seine Bemühungen bei der Normalisierung der Beziehungen mit Russland bedankt.

Seehofer hatte in der Vergangenheit die Notwendigkeit der Wirtschaftssanktionen gegen Russland mehrmals hinterfragt.

„Die russische Seite hat eben darüber gesprochen, dass unsere Unternehmer am Erhalt der Kontakte zum bayerischen Business interessiert sind, sowie darüber, wie unlogisch und verderblich für die Unternehmer beider Staaten die anhaltenden Sanktionen sind“, so Peskow.

Dem Pressesprecher zufolge haben die Politiker außerdem die Hoffnung ausgesprochen, dass man von der Reduzierung des Handelsvolumens zu einem Anstieg übergehen könne.

Dass es ausgerechnet der Präsident war, der Seehofer empfangen hatte, erklärte Dmitri Peskow damit, dass „Putin die Vertreter Bayerns seit langem kennt und großen Wert auf die bilateralen Beziehungen mit Deutschland legt“.

„Die Hauptsache ist, dass unsere Unternehmer diese Beziehungen schätzen und trotz allem die intensive Zusammenarbeit fortsetzen. Es ist vollkommen natürlich, dass sich der Präsident mit Vertretern trifft, die nach Russland kommen. Es ist nicht der erste Fall, und wir hoffen, bei Weitem nicht der letzte«, fügte Peskow hinzu.

Dan-news.info: Die Abteilungen des Verteidigungsministeriums der DVR haben heute mit geplanten taktischen Bataillonsübungen auf dem Truppenübungsplatz bei Tores begonnen. Dies teilte heute das Verteidigungsministerium der Republik mit.

„Auf dem Truppenübungsplatz bei Tores haben taktische Bataillonsübungen begonnen, an denen Panzergrenadier-, Panzer-, Artillerie-, Aufklärungs-, technische Abteilungen sowie Flugabwehr- Kommunikations- und Sicherungsabteilungen teilnehmen“, teilte das Ministerium mit.

Es wurde unterstrichen, dass solche Veranstaltungen keine Verletzung der Minsker Vereinbarungen sind. „Wir haben ein Schreiben an die OSZE-Beobachter bezüglich der bevorstehenden Übungen auf dem Truppenübungsplatz von Tores geschickt. Die Massenmedien haben schon lange von unseren zukünftigen Plänen berichtet“, wurde dort hinzugefügt.

Der Kommandeur des Armeekorps der DVR, Generalmajor Denis Sinenkow, berichtete, dass regelmäßige Übungen die praktischen Fähigkeiten der Kommandeure in der Koordination von Abteilungen im Kampf erhöhen, beim Personal eine hohe Kampfqualität und Motivation, psychische Stabilität und physische Ausdauer erarbeitet werden. „Praktisch das gesamte Personal der Abteilungen, die an den Übungen teilnahmen, Kommandeure und Soldaten, haben praktische Erfahrung in Kämpfen, deshalb verstehen sie die ganze Wichtigkeit der durchgeführten Übungen und gehen mit aller Verantwortlichkeit an ihre Vorbereitung, denn das Feld ist die Schule der militärischen Meisterschaft“, sagte der Kommandeur.

De.sputniknews.com: Russisches Verteidigungsministerium: Türkei bereitet Militäraktion in Syrien vor

Die Ereignisse an der türkisch-syrischen Grenze zeugen laut dem Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, von einer intensiven Vorbereitung auf ein militärisches Eingreifen in Syrien vor. „Wir haben ernsthafte Begründungen für den Verdacht, dass die Türkei sich intensiv auf ein militärisches Eingreifen auf dem Territorium eines souveränen Staates, der Arabischen Republik Syrien, vorbereitet. Wir fixieren immer mehr Anzeichen für eine heimliche Vorbereitung der türkischen Streitkräfte auf aktive Handlungen auf dem syrischen Territorium“, sagte Konaschenkow am Donnerstag vor Journalisten.

Laut dem Sprecher hatte das russische Verteidigungsamt zuvor der internationalen Gemeinschaft unwiderlegbare Videobeweise vorgestellt, die zeigen, wie türkische Selbstfahrlafetten syrische Siedlungen im Norden von Latakia beschießen.

„Wir sind erstaunt, dass Vertreter des Pentagons, der Nato und der zahlreichen sogenannten Menschenrechtsorganisationen in Syrien, die sonst immer gern das Wort ergreifen, trotz unseres Aufrufs, auf diese Handlungen zu reagieren, immer noch schweigen“, betonte Konaschenkow.

Dan-news.info: Die Rechtsanwälte der Odessaer „Antimaidaner“, welche der Massenunruhen am 2. Mai 214 beim Gewerkschaftshaus beschuldigt werden, haben beschlossen, keinen Antrag auf Abberufung von Richtern zu stellen, um den Gerichtsprozess zu beschleunigen. Dies teilte heute gegenüber DAN der Vertreter der Verteidigung der Anhänger einer Föderalisierung Kirill Schewtschuk mit.

„Wir wollten einen Antrag auf Abberufung von Richtern stellen, aber dann haben wir entschieden, dass wir dies nicht tun werden, weil dies wieder zu einer Verzögerung des Prozesses führen wird“, sagte er.

Schewtschuk sagte, dass die Verteidigung auf eine Behandlung der Sache ohne Beteiligung von Extremisten hofft, die mehrfach den Prozess behindert haben, indem sie im Gerichtsgebäude für Aufruhr sorgten. „Es gab Informationen, dass es keinen Druck von radikalen Organisationen auf die Richter mehr geben wird“, fügte der Verteidiger hinzu. Nach seinen Worten ist geplant, auf zukünftigen Sitzungen des Rechtsanwaltskollegiums zur Behandlung des Wesens der Sache zu kommen, die Reihenfolge der Behandlung der Beweismittel festzulegen und diese Arbeit zu beginnen.

Wir erinnern daran, dass am 27. November 2015 das Richterkollegium des Malinowskij-Bezirksgerichts von Odessa eine Entscheidung getroffen hat, angeklagte „Antimajdaner“ gegen Kautionshaft aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Auf der nächsten Sitzung am 30.11. haben ukrainische Extremisten das Gerichtsgebäude besetzt. Sie nahmen die Richter als Geiseln, sie zwangen den vorsitzenden Richter des Appellationsgerichts, sofort die Entscheidung des Gerichts in erster Instanz aufzuheben und alle fünf Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen. Danach blockierte ein Teil der Extremisten das Untersuchungsgefängnis und kontrollierte alle ein- und ausfahrenden Fahrzeuge, um ein Herausbringen der Angeklagten zu blockieren.

Am 4.12. änderte der Malinowskij-Gerichtshof seine Entscheidung über die Entlassung aus der Untersuchungshaft auf Kautionshaft mit der Begründung, dass bei der vorläufigen Entscheidung nicht die Umstände der Sache berücksichtigt wurden, und das Gericht verlängerte die Haft um weitere 60 Tage ohne die Möglichkeit einer Kautionshaft. Danach unternahm einer der Angeklagten einen Selbstmordversuch.

Am 15. Dezember haben die Rechtsanwälte der Odessaer „Antimaidaner“ einen Antrag an den Generalstaatsanwalt der Ukraine Wiktor Schokin gerichtet mit der Forderung, die Richter und die Radikalen für ihre ungesetzlichen Handlungen in Bezug auf die angeklagten Anhänger der Föderalisierung zur Verantwortung zu ziehen. Die Antragssteller bezogen sich auf fünf Strafrechtsregelungen der Ukraine.

Weiter hat die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine am 14. Januar 2016 ihre Verpflichtungen zur Behandlung eines Antrags der Rechtsanwälte der Bewegung „Antimaidan“ missachtet, in der diese bitten, ein Strafverfahren in Bezug auf die Odessaer Richter und Teilnehmer der Unruhen am 30. November – 4. Dezember 2015 zu eröffnen. „Sie gaben eine nichtssagende Antwort, dass diese Erklärung an die Odessaer Oblast-Staatsanwaltschaft hätte gerichtet werden müssen“, erklärte damals der Anwalt Schewtschuk.

Die Gerichtsverhandlungen über die tragischen Ereignisse in Odessa laufen seit Januar 2015. Die Verhandlungen finden etwa dreimal im Monat statt. Auf der Anklagebank sitzen 20 Menschen, darunter zwei russische Staatsbürger.

Am 2. Mai 2014 zündeten in Odessa Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidan“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld an, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über die Föderalisierung der Ukraine und den staatlichen Status der russischen Sprache sammelten. Die Anhänger der Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ retteten sich in das Gewerkschaftshaus, aber die Radikalen kreisten das Gebäude ein und zündeten es an. Bei dieser Tragödie starben nach verschiedenen Informationen 40 bis 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Die Schuldigen wurden bis jetzt nicht bestraft und die von den Extremisten überfallenen Menschen stehen unter Anklage.

De.sputniknews.com: Ankara hat keine objektiven Beweise vorgelegt, die eine Verletzung der türkischen Grenze durch russische Flugzeuge belegen, alle Anfragen Russlands sind unbeantwortet geblieben, erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa...

Abends:

Dnr-online.ru/Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden nicht verändert. Die ukrainischen Truppen haben fünfmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Im Verlauf der Beschüsse hat der Gegner folgende Waffen angewendet: Granatwerfer des Kalibers 120 mm - 43 Mal, Antipanzergranatwerfer sechsmal. Der Beschuss kam von den Positionen der 36. Panzergrenadierbrigade, der 93. und der 30. mechanisierten Brigade aus Marjinka, Krasnogorowka, Talakowka und Showanka auf die Ortschaften Staromichajlowka, Kominternowo, Sajzewo und den Stadtteil Trudowskije der Stadt Donezk.

In der Folge der Beschüsse wurde neuen Häuser in Sajzewo und Alexandrowka beschädigt. Informationen über Verletzte werden geprüft.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auf den Fakt lenken, dass die ukrainische Seite die Lügen ihrer Massenmedien in Bezug auf die Streitkräfte der DVR erheblich verstärkt hat, um zusätzliche Boni im Vorfeld des Treffens der Normannischen Vier zu erhalten.

Die Aufklärung der Streitkräfte der DVR stellt weiterhin eine Konzentration von Personal und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entlang der Abgrenzungslinie fest.

„So wurde im Gebiet von Sajzewo, 0,5 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von sieben Fahrzeugen mit Personal, in Troizkoje, 8 km von der Kontaktlinie, die verdeckte Ankunft von einer Einheit Panzertechnik und zwei Fahrzeugen mit Personal festgestellt. In

Werchnetorezkoje, 4 km von der Kontaktlinie, wurden drei Einheiten Panzertechnik und 50 Mann der nationalistischen Organisation „Rechter Sektor“ entdeckt, in Peski, 3 km von der Kontaktlinie, wurden drei Einheiten Panzertechnik, 50 Mann und ein Lager mit Munition entdeckt, in Marjinka, 1 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von sechs Panzern festgestellt.

Gemäß den Angaben der OSZE vom 3. Februar 201 wurde die Rückkehr von einzelnen Waffen in die Lagerorte festgestellt: 20 Panzer T-64, 25 Granatwerfer des Kalibers 85mm und drei Granatwerfer 120mm, die zur Bewaffnung der ukrainischen Streitkräfte gehören. Dies alles dank der Anstrengungen der Vertreter der Beobachtermission, um die Wahrheit zu sagen, nach mehrfachen Erklärungen unsererseits über das Fehlen verbotener Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte an den angegebenen Orten.

Gemäß den Angaben der Aufklärung der Streitkräfte der DVR ist bei der Mehrheit des Personals der ukrainischen Streitkräfte ein deutliches Sinken der Motivation zu bemerken. Dies ist mit dem Unwillen verbunden, aufgrund einer Mobilisierung Militärdienst in der ATO-Zone zu leisten.

Viele ukrainische Soldaten nehmen mit Mühe beträchtliche Aufenthaltszeiten an der Front auf sich, deshalb fügen sie ihrer Gesundheit Schaden zu. Allein in den letzten 24 Stunden sind mehr als 40 ukrainische Soldaten in medizinische Einrichtungen gebracht worden. Eine solche Statistik ist jeden Tag festzustellen. Dabei sind die Militärkrankenhäuser überlastet. Viele, die ernsthafte Erkrankungen haben, werden nicht stationär aufgenommen, weswegen die nicht kampfbedingten Verluste steigen.

Der Austausch von Kriegsgefangenen zwischen der Ukraine und der DVR, der noch für Januar 2016 geplant war, zieht sich aufgrund der Handlungen der ukrainischen Seite hin: „Dieser Prozess zieht sich hin, weil nach den Plänen, die in Minsk bestätigt wurden, der Austausch noch im Januar stattfinden sollte, aber die ukrainische Seite verzögert ihn ständig. Im letzten Monate erweist es sich, dass auf der Liste keine Menschen zu Austausch sind oder dass sie sich weit weg befinden oder bei ihnen die Strafverfahren nicht geschlossen

wurden, deshalb gibt es deswegen Probleme.“

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verdreht weiterhin die Statistik, um Informationen über die realen Verluste im „Debalzewo-Kessel“ im Januar/Februar 2015 zurückzuhalten.

„Soweit ich mich an die Zahlen erinnere, die ich damals bekannt gab, waren es etwa 5000 Menschen (die auf Seiten der ukrainischen Streitkräfte gefallen sind).“

Heute wurde im Verteidigungsministerium der Ukraine erklärt, dass während der gesamten Zeit der Kämpfe im Bereich von Debalzewo 136 ukrainische Soldaten getötet wurden, 331 wurden verletzt.

„Bezüglich dessen, was sie erklären: soweit ich mich erinnere, war das letzte, was der Präsident der Ukraine erklärt hat, dass 2200 Menschen starben. Zuvor waren es nach offiziellen Daten 2770 Menschen. Sie verwirren sich ständig in ihren Zahlen und nennen die ganze Zeit neue, nur um sie irgendwie zu verringern.“

Ukrinform.ua: Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, Regierungschef Arsenij Jazenjuk und Parlamentschef Wolodymyr Groisman sind am Donnerstag mit den Botschaftern der G7-Staaten und der EU zusammengetroffen.

Wie die Pressestelle des Staatschefs mitteilt, erklärte Poroschenko beim Treffen, er sei er entschlossen, die Reformen fortzusetzen. „Dafür ist ein dringender Neustart für die Regierung notwendig. Die Reform-Minister sowie ihre Teams sollen bleiben“, so Poroschenko.

Die Gesprächspartner erörterten auch die Situation mit der Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk. Präsident Poroschenko setzte die Botschafter davon in Kenntnis, dass die russische Seite die Vereinbarungen permanent nicht erfüllt und rief die Partnerländer zur Fortsetzung der Sanktionen auf.

Dnr-online.ru: Kommentar des Außenministeriums der DVR bezüglich der Eröffnung einer NATO-Vertretung in der Ukraine

Die Entscheidung des Parlaments der Ukraine bezüglich der Eröffnung einer NATO-Vertretung in der Ukraine ist nach unserer Sicht im höchsten Maße provokativ und gefährlich, am allermeisten für Kiew selbst. Wir sind überzeugt, dass der Übergang der ukrainischen Armee und des militär-industriellen Komplexes der Ukraine auf neue Bewaffungsstandards, über dessen Notwendigkeit und Unabwendbarkeit die ukrainische Regierung so oft Erklärungen abgibt, der letzte Nagel zum Sarg der ukrainischen Wirtschaft wird, die sich derzeit nur auf Militäraufträge und ausländische Finanzflüsse stützt.

Außerdem rufen die unzweideutigen Hinweise der NATO-Führung bezüglich der Zusammenarbeit mit der Ukraine Erstaunen hervor, weil die Annäherung an Staaten, in deren Inneren aktive militärische Konflikte und Territorialstreitigkeiten stattfinden, faktisch im Widerspruch zur Satzung der Organisation steht. Um nicht von der völligen Unmöglichkeit der Mitgliedschaft eines solchen Landes in der NATO zu reden.

Auch möchte man daran erinnern, dass gemäß den Minsker Vereinbarungen die Ukraine verpflichtet ist, Anstrengungen in die Regelung des Konflikts zu legen und nicht in seine Eskalation, deren Ursache jede Annäherung Kiews an ausländische Militärorganisationen unausweichlich sein wird.

Wir rufen die ukrainische Regierung ein weiteres Mal auf, die vorsätzlichen Provokationen und künstliche Zuspitzung der Spannung zu beenden, sowohl in Beziehung auf den Konflikt im Donbass als auch innerhalb der ukrainischen Gesellschaft im Ganzen, die wieder zur Geisel enger politischer Interessen wird.

De.sputniknews.com: Zwischenfall an ukrainischer Grenze: Moskau lädt Geschäftsträger

Kiews vor

Nach dem Zwischenfall an der russisch-ukrainischen Grenze hat das russische Außenministerium den interimistischen Geschäftsträger der Ukraine in Moskau vorgeladen. Die ukrainische Seite habe 16 Stunden lang eine Gruppe von Offizieren des gemeinsamen Zentrums für Koordinierung und Kontrolle überprüft, äußerte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa. Sie nannte dieses Verhalten „beleidigend“. „Es sieht danach aus, dass sie nach Panzern gesucht haben. Anstatt diesen haben sie zwei Laptops und eine Festplatte gefunden. Sie wurden beschlagnahmt“, sagte Sacharowa. Die Beschlagnahme der Festplatte und der Laptops bezeichnete die Außenamtssprecherin als Provokation und merkte an, dass auch weitere Provokationen möglich seien. Sacharowa erinnerte daran, dass sich die russischen Offiziere auf dem Territorium der Ukraine mit Wissen des Generalstabs der ukrainischen Sicherheitskräfte befinden: „Die von der Ukraine vorgenommene Provokation ist selbstverständlich absolut unzulässig. Die volle Verantwortung für die möglichen negativen Konsequenzen wird die Regierung in Kiew tragen.“

Am Dienstag war auf der Webseite der ukrainischen Regierung ein Geschäftsbericht veröffentlicht worden, in dem es unter anderem heißt, dass 2015 in den Gebieten Tschernihiw und Charkow an der Grenze zu Russland 230 Kilometer Panzergräben und mehr als 100 Kilometer an Militärrochadestraßen eingerichtet worden seien.

Dan-news.info: Aktivisten der „Volkskontrolle“ haben in einem Monat mehr als 100 Verstöße gegen die Handelsregeln aufgedeckt, 32 davon sind überhöhte Preise bei sozial wichtigen Waren. Dies erklärte heute auf einer Sitzung der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ die Leiterin des Projekts, die Abgeordnete des Parlaments Jekaterina Martjanowa.

„Zwischen dem 10. Januar und dem 4. Februar wurden 342 Handelsobjekte kontrolliert und 117 Verstöße aufgedeckt“, sagte sie.

Nach ihren Worten hat sich die Zahl der Fälle von unbegründeten Preisaufschlägen auf Waren der „sozialen“ Gruppe im Vergleich zum Dezember um mehr als die Hälfte verringert.

„Von allen Verstößen sind 32 unbegründete Aufschläge auf sozial wichtige Waren. Im Dezember wurden 72 solcher Fälle aufgedeckt“, sagte die Leiterin der „Volkskontrolle“. Die Abgeordnete unterstrich, dass seit Beginn der Arbeit der Volkskontrolleure auf den Märkten der Republik eine Tendenz zur Verringerung von Verstößen zu beobachten ist.